

Antrag 28/I/2020

KDV Marzahn-Hellersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Abschaffung der berufsständischen Versorgungswerke!

1 Gerecht wäre es, wenn die Beiträge von allen Versicherten
2 gleichermaßen in die gesetzliche Rentenversicherung flie-
3 ßen würden. In Folge dessen könnten auch die berufstän-
4 dischen Versorgungswerke abgeschafft werden. Die Ab-
5 wahlmöglichkeit der Beiträge für die gesetzliche Renten-
6 versicherung, während die Beiträge für das jeweilige Ver-
7 sorgungswerk verpflichtend sind, ist unsolidarisch.

8

9 **Begründung**

10 Berufsständische Versorgungswerke entwickelten sich in
11 Deutschland in den 20er Jahren, weil Angehörige der frei-
12 en Kammerberufe von der Versorgung aus der gesetzli-
13 chen Rentenversicherung ausgeschlossen wurden. Dazu
14 gehören heute Ärzte, Apotheker, Architekten, Notare, Pa-
15 tentanwälte, Rechtsanwälte, Steuerberater beziehungs-
16 weise Steuerbevollmächtigte, Tierärzte, Wirtschaftsprü-
17 fer und vereidigte Buchprüfer, Zahnärzte sowie teilweise
18 Psychologische Psychotherapeuten und Ingenieure. An-
19 gehörige der freien Kammerberufe sollten aus Solidarität
20 und zur Bekämpfung der Altersarmut in die gesetzliche
21 Rentenversicherung einzahlen.

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlusslage (Konsens)